

Noch eine Chance für die deutsche Sozialdemokratie

Von Edgar Einemann, Helmut Holzapfel und Heinz Thörmer

1. Probleme der SPD im Sommer 2004

Die SPD hat bei der Europawahl im Juni 2004 im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 fast drei Viertel ihrer Wähler verloren, über 10 Millionen Menschen waren nicht mehr zur Wahl „ihrer“ Partei zu bewegen; in ostdeutschen Städten lag meist die PDS, in den Großstädten der alten Bundesrepublik die Partei der Grünen vor der SPD, die in einigen Regionen nicht einmal mehr die 10%-Hürde überspringen konnte. Bei den Jungwählern und den Arbeitern hat die SPD ihre traditionelle Vormachtstellung an die konservative Opposition verloren. Der Parteienforscher Franz Walter meint, dass man die Wahlergebnisse „ohne Übertreibung als Revolution in der deutschen Wahl- und Parlamentsgeschichte bezeichnen darf“ (SZ vom 7.7.2004). Der „Spiegel“ brachte es auf den Punkt: „Die SPD hat ihre Identität verloren und auch die Zustimmung der Bürger“ (Spiegel Nr. 30, 19.7.2004).

Auch Ende 1999, etwas mehr als ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch SPD und Grüne, steckten die Regierungsparteien in einem scheinbar hoffnungslosen Umfrage-Tief (die bei der Europawahl 1999 erreichten 30% waren aus heutiger Sicht ja noch ein Erfolg). In unseren Diskussionen zur Vorbereitung eines Artikels für die Frankfurter Rundschau (unter der Überschrift „Alte Ideale – Neues Denken“ erschienen am 13.1.2000) hatten wir auf die massive Demotivation der Sozialdemokraten verwiesen und dabei zwischen drei „internen“ Gruppen unterschieden:

- den ca. 10.000 hauptamtlichen „Politik- und Partei-Arbeitern“ hatten wir unterstellt, dass sie zwar nicht resigniert wegtauchen, aber unter der politischen Situation (1999!) stark leiden, sich um Schadensbegrenzung bemühen und die nächsten Wahlen fürchten.
- bei den ca. 100.000 ehrenamtlichen Funktionären der Partei hatten wir eine gewisse Desorientierung, einen Rückzug aus Ämtern und eine eingeschränkte Bereitschaft zu Wahlkampfaktivitäten ausgemacht
- für die ca. 600.000 „einfachen Mitglieder“ und ihre vielleicht 300.000 engeren Freunde und Familienmitglieder hatten wir eine sinkende Bereitschaft sowohl zur

Teilnahme an Parteiversammlungen als auch dazu diagnostiziert, zumindest im privaten Gespräch oder am Arbeitsplatz stolz als bekennender Sozialdemokrat aufzutreten und die Position von Partei oder Regierung zu vertreten.

Wenn es stimmt, dass im Jahr 2003 ca. 40.000 Mitglieder die Partei verlassen haben und allein im Januar 2004 ca. 10.000 Austritte erfolgt sind, hat sich die vor gut 4 Jahren beschriebene Lage der Sozialdemokraten weiter verschlechtert. Eine nähere Analyse der Parteiaustritte dürfte diese Diagnose weiter dramatisieren: so wird z. B. aus einem Ortsverein gemeldet, dass von den 9 zur weihnachtlichen Jubilarehrung vorgesehenen Mitgliedern (die der Partei zwischen 25 und 40 Jahren angehören) nur noch 6 zur Verfügung standen – ein Drittel der „Treuesten der Treuen“ war zwischenzeitlich ausgetreten.

Ohne tiefere Analyse dürfte unstrittig sein, dass es dem Kanzler und der Parteiführung nicht gelungen ist, die einfachen Mitglieder z. B. von der in der Agenda 2010 formulierten Politik zu überzeugen. Geradezu groteske, verniedlichend „handwerklich“ genannte Fehler des Regierungshandelns waren ja auch nicht zu übersehen. Verschärfend kam hinzu, dass eine Politik der „Ankündigungsverängstigung“ betrieben wurde: Reihenweise wurden und werden Maßnahmen präsentiert, die große Einschnitte für die Menschen bedeuten, diese werden dann regelmäßig ganz oder teilweise wieder zurückgenommen. Für den Bürger war und ist nicht mehr klar erkennbar, wer ihm wann welche Zumutung auferlegen wollte und was davon wann zur realen Umsetzung anstand. Es fiel kritischen Journalisten nicht einmal schwer, statt einer detaillierten inhaltlichen Auseinandersetzung zu Einzelfragen gleich zu zusammenfassenden Aburteilungen der „Lachnummer Deutschland“ überzugehen. Ein für unvermeidlich gehaltener Politikwechsel durch schlichten Vollzug von Regierungshandeln ohne Parteikommunikation hat zu Brüchen geführt. Der „normale Sozi“ ist in seiner normalen Umgebung (am Arbeitsplatz, im Verein, in der Kneipe, in der Nachbarschaft) schlicht nicht mehr sprach- und artikulationsfähig.

Die Idee des Aufbaus einer neuen „linken“ politischen Organisation mit dem Ziel der Kandidatur zu Parlamentswahlen bewegt im Moment mit wohl eher aktiver als passiver Duldung durch die Spitzen der Gewerkschaften IG Metall und Ver.di (Spiegel Nr. 29, 12.7.2004, „Angriff von Innen“) tausende von Aktivisten. Auch wenn die guten Umfragewerte so nicht eintreten oder Kandidaturen ausbleiben: Resultat ist zunächst eine

weitere Schwächung der SPD. Wenn es am Ende (möglicherweise ja sogar durch Listenverbindungen mit der PDS) zu einem Einzug in Parlamente kommt, hat Parteienforscher Franz Walter immerhin einen Trost: wie in anderen Ländern könnte eine neue Linkspartei die Regierung von Rot-Grün tolerieren und sie somit im Amt halten.

Fazit: Die allgemeine Verwirrung von Wähler- und Mitgliedschaft der SPD lässt sich auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Durch das Regierungshandeln wurden und werden alte, teilweise traditionelle inhaltliche Positionen der Partei abgeräumt, ohne dass sie durch neue oder modifizierte Leitideen und Positionen ersetzt werden. Die im Juli/August gelaufene Plakat- und Anzeigenaktion der Bundesregierung – „Warum Agenda 2010? – Darum!“ – ist der viel zu späte Versuch, diese verpasste Debatte nachzuholen.

2. Ein Neuansatz ist nötig

Man muss nicht „geborener Sozi“ sein, um die Existenz und Handlungsfähigkeit der SPD für einen Wert an sich zu halten; die Partei wird in der Zukunft auch dort, wo sie nicht regiert, zumindest als ernsthafte Opposition mit der Option auf eine erneute Regierungsübernahme, dringend gebraucht.

Was wäre, wenn die Mehrheit der Mercedes-Verkäufer nicht mehr davon überzeugt wäre, dass die Marke Mercedes für optimale Qualität des Produktes steht und sie sowohl im Kundengespräch als auch öffentlich darüber nachdenken würden, ob man nicht aufgrund des Qualitätsanspruchs eine andere Marke empfehlen oder alternativ bei nahezu gleicher Qualität eine wesentlich günstigere Marke empfehlen müsste? Eine Marke, die ihr Markenzeichen verliert, und innerhalb kürzester Zeit ihren Marktanteil halbiert, ist ernsthaft bedroht. In der Marktwirtschaft steht dann ein Rettungsversuch an: Analyse der Lage, Vision, Ziele, Beseitigung von Schwächen....

Ein Verzicht auf die Begeisterung der Mitarbeiter der eigenen Firma, die Duldung der inneren und die Hinnahme der realen Kündigung als Resultat falscher Ansprüche, mangelhafter Strukturen, unklarer politischer Ziele und nicht nachvollzogener Regierungspolitik ist durch noch so aufwendige Werbestrategien nicht zu kompensieren.

Der Parteivorsitzende Franz Müntefering hat „die unzureichende Akzeptanz für die Linie unserer Bundespolitik“ als wichtige Ursache für den Ausgang der Europa-Wahl 2004

ausgemacht, Generalsekretär Klaus- Uwe Benneter aber schon eine Woche nach der Wahl auf dem Parteitag der Berliner SPD darum gebeten, „die Kritik am Kanzler und das Weltuntergangsgerede einzustellen“. Die SPD hat offenbar verlernt, die Realität zu erkennen bzw. zu beschreiben; sie will anscheinend auch der Lassalleschen Forderung „Aussprechen, was ist!“ nicht mehr nachkommen. Die Wiederbelebung der Seele der Partei erfordert aber ebenso wie die erfolgreiche Sanierung eines maroden Unternehmens die schonungslose Analyse der Gesellschafts- bzw. Marktsituation sowie der eigenen Fehler und Schwächen. Und eine Neuausrichtung der Organisation ist ohne die Beschreibung der Vision, der eigenen Mission und der wichtigsten Ziele nicht vorstellbar.

Heute sind eine inhaltliche Neubestimmung der Parteipositionen und die Entwicklung von Zukunftsvorstellungen in großem Stil erforderlich. Neben der Organisation eines entsprechenden inhaltlichen Prozesses unter Beteiligung des in der Gesellschaft vorhandenen Know Hows muss die Basis der Partei bis hin zum „einfachen Mitglied“ eingebunden werden. In unserem Artikel für die Frankfurter Rundschau vom 31.März 2004 haben wir eine solche Mitgliederbeteiligung vorgeschlagen:

Eine Stabilisierung der SPD wird es nur über eine wirkliche Öffnung der innerparteilichen Diskussion geben. Dazu gehört neben der „Aufklärung von oben“ eine wirkliche Beteiligung nicht nur der Funktionäre, sondern auch der Mitglieder, deren Demotivation und Demission beendet werden muss. Die SPD sollte sich an die mobilisierende Wirkung der Mitgliederbefragung zur Wahl des Parteivorsitzenden im Jahre 1993 erinnern: Wenn sich die Basis zu wichtigen Dingen wirklich gefragt fühlt, kann eine überraschende Aktivität entstehen. Unser Vorschlag an die neu gewählte Parteiführung: macht eine „mobilisierende Mitgliederbefragung“. Schickt die Funktionäre mit Fragebögen in die Wohnzimmer oder ruft die Mitglieder in die Versammlungslokale, wertet die Ergebnisse aus und macht sie zum Gegenstand einer breiten Kommunikation in den Ortsvereinen. Nehmt die Meinungsbildung von unten ernst, fragt nach Gründen für den Frust und nach Alternativ-Ideen. Konfrontiert die Regierenden mit den Wünschen der Partei und erklärt, was geht und was nicht. Ein sicherer Nebeneffekt: die journalistische Begleitung der Aktion wird einen unbezahlbaren Werbewert bekommen und möglicherweise ja sogar zu einer Umkehr des negativen Trends bei der Mitgliederentwicklung beitragen.

Zumindest in Teilen der SPD werden die Probleme wahrgenommen und es besteht Diskussionsbedarf. Es kommt darauf an, diese Diskussion zu organisieren – und das möglichst tabulos, möglichst schnell und unter möglichst breiter Beteiligung.

3. Neue Ideen sind gefragt

3.1. Die „neue SPD“: kein schlüssiges Gesamtkonzept

Ganz gegen ihre Gepflogenheiten hat sich die Friedrich-Ebert-Stiftung bemüht, eine offensive und öffentliche Hilfestellung zu geben und ein Buch mit dem Titel „Die neue SPD“ (Bonn 2004) herausgegeben, das auf einer Tagung mit Beiträgen von aufstrebenden jüngeren SPD-Politikern und Politikerinnen („Netzwerker“) sowie parteinahen Wissenschaftlern basiert. Die Unterzeichner eines in dem Buch dokumentierten Programmentwurfs sehen sich selbst explizit als „Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen der ‚nach-68er-Generation‘“, die versucht, „Antworten unserer Generation“ zu finden (S. 299). So ganz ernst scheint das mit dem „Generationenprojekt“ aber denn doch nicht gemeint zu sein: Für die große Hilfe bei der Ordnung der eigenen Gedanken wird insbesondere Thomas Meyer von der Friedrich-Ebert-Stiftung gelobt, dessen Geburtsjahr (1943) ihn nicht gerade als „nach 68-er“ ausweist.

Insgesamt kommt man nach der Lektüre des Buches leider zu dem Eindruck, dass SPD und Regierung an den „Netzwerkern“ in ihrer jetzigen Verfassung nicht genesen werden. Eine zusammenhängende Analyse gesellschaftlicher Realitäten wird nicht vorgelegt, konsistente politische Visionen werden nicht entwickelt, viele Referenten-Texte mit nichtssagenden Politiker-Formeln werden präsentiert. Hervorragende Beiträge ausgezeichneter Wissenschaftler (z. B. Jürgen Kocka, Fritz Scharpf, Michael Zürn) werden nicht in ein politisch (be-)greifbares Gesamtkonzept integriert.

Für Nina Hauer ist schlichtweg gerecht, was Arbeit schafft (S. 197) – Wolfgang Schroeder sieht in solchen Verkürzungen die Preisgabe des Reformanspruchs der Sozialdemokratie (S. 238). Nicolette Kressl und Caren Marks loben die Agenda 2010 als geniale Erfindung (S. 202), Wolfgang Schroeder arbeitet Schwächen des Konzepts heraus (S. 236). Paul Nolte empfiehlt, die Partei solle auf den Begriff des demokratischen Sozialismus verzichten (S. 30), Jürgen Kocka plädiert für seine Beibehaltung (S. 64). Der Umweltpolitik wird das letzte Kapitel gewidmet, und Frank Decker kommt zu dem Schluss, diese sei „ein Opfer ihrer eigenen Erfolge“ (S. 287) geworden. Das „deutsche Innovationsmodell“ wird im vorletzten Kapitel auf 13 Seiten abgehandelt.

Gesine Schwan hat der SPD-Programmkommission in einer Rede am 17.6.2004 nahe gelegt, über „die sozialen Gegensätze und Ungerechtigkeiten der sich entwickelnden

kapitalistischen Industriegesellschaft“ nachzudenken und eine „moderne Politik zur Bändigung kapitalistischer Wirtschaft“ zu entwickeln; Peter Glotz hat schon vor 5 Jahren den von Dan Schiller (1999) geprägten Begriff des „digitalen Kapitalismus“ in die Diskussion eingeführt (1999). Die „neue SPD“ erwähnt den Begriff nur kurz (Hans-Peter Bartels, S. 48). Für die „Netzwerker“ spielt eine umfassende Gesellschaftsanalyse keine Rolle – mit der Folge einer schweren Verwirrung: Kapitalisten existieren anscheinend nur noch in Form von (ehemaligen) Arbeitern. Christoph Matschie: „Aus dem traditionellen Industriearbeiter ist der moderne Wissensarbeiter geworden. Sein wichtigstes Kapital ist sein Wissen, er wird zum individuellen ‚Wissens-Kapitalisten‘“ (S. 174). Wer als Wissenschafts-Staatssekretär solchen Unsinn schreibt (oder schreiben lässt), sucht sich in der Tat besser einen anderen Arbeitsplatz.

Wenn man sich bemühen würde, aus dem „Steinbruch“ der „neuen SPD“ die überzeugenden Elemente eines Zukunftsentwurfs herauszudestillieren, könnte damit durchaus eine Grundlage für weitere Diskussionen geschaffen werden. Immerhin stimmen die Ansprüche des Einleitungsteiles: Hans Martin Bury und Ute Vogt fordern, „dass wir ehrlich und wahrhaftig sind und die Realität so zur Kenntnis nehmen, wie sie ist“ (S. 16). Der Vorsatz ist gut, aber der „Aufbau Ost“ wird von der „neuen SPD“ beispielsweise genauso wenig thematisiert wie z. B. Probleme im Zusammenhang mit der Zuwanderung oder der Gewalt in der Gesellschaft!

Wichtig ist der Appell von Sigmar Gabriel: „Die SPD ist eine Partei, die einen Hoffnungs- und Utopieüberschuss braucht“ (S. 17); im Gegensatz zu Minister Wolfgang Clement und Altkanzler Helmut Schmidt betont Sigmar Gabriel ausdrücklich: „Wer Visionen hat, braucht keinen Arzt, sondern wird Architekt“ (S. 19). Aber auch das Buch der „neuen SPD“ hat das von Sigmar Gabriel Mitte 2004 in einem Interview mit der Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte noch einmal beschriebene Grundproblem nicht gelöst: „Im Klartext: Die SPD hat momentan keine Idee von sich selbst [...] Jetzt ist die Partei in einer Situation, wo man den Eindruck gewinnt, dass sie erschöpft, schlimmer noch: in einem Wachkoma ist“ (Nr. 7/8 2004, S. 84, 87).

3.2. Interessante Anregungen vom „Spiegel“

Im Unterschied zur „neuen SPD“ bemüht sich der Leiter des Hauptstadtbüros des „Spiegel“ in Berlin, Gabor Steingart, mit seinem Buch „Deutschland - Der Abstieg eines

Superstars“ (2004) um die Vorlage eines Gesamtkonzepts zur schonungslosen Analyse gesellschaftlicher Realitäten und zur Entwicklung von politischen Handlungsalternativen.

Steingart wählt zur Veranschaulichung seines Ansatzes das Bild vom glühenden Energiekern der Volkswirtschaft, der nach außen hin kälter wird bis hin zur kalten, energieverzehrenden Kruste. Er unterteilt die Gesellschaft der rund 82,5 Millionen Bürger grob in folgende Teile:

1. Den „produktiven, feuerroten Kern“, bestehend aus a) der Sphäre von Bildung und Wissen und b) der Gruppe der 27,5 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie weiteren 2 Millionen Selbständigen .
2. Den „mattroten“ Bereich mit Menschen mit Arbeitsplätzen, die kaum oder keinen Gewinn abwerfen - von ca. 2 Millionen weiteren „neuen Selbständigen“ und mithelfenden Familienangehörigen bis hin zu wenig produktiven normalen Arbeitnehmern wie Kellner, Putzfrauen und Kassiererinnen.
3. Die näher an der energieverzehrenden Kruste angesiedelten 20 Millionen Rentner und Pensionäre, 12,5 Millionen Kinder, 2,7 Millionen Empfänger von Arbeitslosengeld, 2 Millionen Bezieher von Arbeitslosenhilfe, 3 Millionen Sozialhilfeempfänger, aber auch die Beschäftigten in subventionierten Bereichen wie der Kohleindustrie (180.000), der Landwirtschaft (960.000) sowie die Wehrpflichtigen bei der Bundeswehr (200.000).
4. Den 4,5 Millionen Staatsbediensteten weist Steingart einen Status zwischen produktivem Kern und Kruste zu, deren Vermittlungsaufgaben er im Prinzip für nötig hält.

Die Kernthese Steingarts besagt, dass auf Grund von „Konstruktionsfehlern“ vor allem in der Sozial- und Rentenpolitik zu viel Energie aus dem glühenden Kern der Volkswirtschaft abgesaugt wird – die zentrale Ursache für den deutschen Niedergang, der durch die Alimentierung der neuen Länder massiv verstärkt wurde. Der Exportweltmeister Deutschland, der zunehmend auch zum Sparweltmeister geworden ist, und in dem gigantische Vermögen gesammelt (8 Billionen Euro) und vererbt (130 Milliarden jährlich) werden, braucht einschneidende Reformen.

Steingart schlägt einen Umbau vor, der “einer Revolution gleich“ (S. 269) käme und im Kern auf eine Entkoppelung des Wohlfahrtsstaates von der Arbeitswelt hinausläuft: „Es geht um ein Volumen von 350 Millionen Euro, das heute auf 27,5 Millionen Erwerbstätigen lastet und künftig von allen erwachsenen Deutschen aufgebracht werden müsste“

(S. 269). Die Antwort auf die Schlüsselfrage: „Wie gelingt es, den produktiven Kern des Landes zu vergrößern?“, sieht Steingart in der Absenkung des Sozialaufschlags für Arbeitnehmer auf 5,5% - „Rente und Gesundheit werden künftig anders finanziert“ (S. 275). Der internationale Vergleich mit einer immer wieder bestätigten Spitzenstellung der skandinavischen Staaten (z. B. Porter u.a. 2000, Florida 2003) führt zu der Erkenntnis, dass „das Entscheidende offenbar nicht das Volumen des nationalen Sozialbudgets (ist), sondern die Art und Weise, wie es finanziert wird“ (S. 272). Steingarts Rezept: „Ein System, das bislang überwiegend aus Zwangsbeiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besteht, würde in ein System umgewandelt, das sich aus minimalen Sozialaufschlägen, privaten Prämien und allgemeinen Steuern finanziert“ (S. 269). Bei diesen Steuern würden die Steuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaften amerikanische Dimensionen bekommen – das kann so schlimm nicht sein. Steingarts Rezept, das zumindest in Teilen auf Ideen von Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel zurückgeht, ist nicht weit von dem Konzept entfernt, das Fritz W. Scharpf der „neuen SPD“ vorgestellt hat; sein Aufsatz trägt den Titel „Steuerfinanzierte Grundrente als Instrument der Beschäftigungspolitik“ (S. 218ff).

Bei einigen grundsätzlichen Positionen und dem Geschichtsbild, das Steingart in seinem Buch pflegt, sind starke Zweifel angebracht, aber: Seine Konzepte zum Sozialbudget und weitere Punkte von Steingart sind der eingehenderen Diskussion würdig.

4. Ideenbörse: Beispiele für das, was ist und was sein soll

An dieser Stelle können wir kein eigenes Gesamtkonzept vorstellen, wohl aber einige Ideen entwickeln. Denn: Aussprechen, was ist, benennen, wo wir hinwollen - das lässt sich an jedem nur denkbaren Politikfeld beispielhaft vorführen.

Im Grunde geht es dabei jedes Mal um einen Dreischritt: Wie ist die Lage? Wo wollen wir hin? Wie kommen wir dahin?

Wir wollen unsere Vorstellung von der „Machart“ eines Entwurfs für die weitere Diskussion am Beispiel des Politikfeldes Verkehr exemplarisch darstellen und fügen einige weitere Beispiele hinzu.

1. Politikfeld Verkehr

Mehr als 5.000 Tote im Straßenverkehr pro Jahr sowie unzählige, auf ihr ganzes Leben gezeichnete Schwerverletzte (Querschnittslähmungen, irreparable Gehirnschäden) signalisieren den Handlungsbedarf.

Ziel der SPD muss sein: Diese Zahl auf nahezu Null absenken = close to zero.

Dazu gibt es eine Art Zielvereinbarung mit allen Bürgerinnen und Bürgern: ihr kauft euch sichere Autos und rast nicht, überdies nutzt ihr wenn möglich öffentliche Verkehrsmittel. Wir verbessern die öffentlichen Verkehrsmittel und fördern wenn möglich sichere und umweltverträgliche Autos (Zuckerbrot). Wer dennoch rast und so Kinder, Fußgänger, Radfahrer und andere Verkehrsteilnehmer gefährdet, wird hart bestraft; Alkoholgrenze am Steuer wird 0% (Peitsche).

Die hochproblematische Sicherheitsfrage im Verkehr wird im Gegensatz zum Ausland (Schweden, Schweiz) als Politikbereich unverständlicherweise nicht besetzt. In Großbritannien wurde soeben ein Gutachten zu dem Konzept „Vision Zero“ in Auftrag gegeben.

2. Politikfeld Arbeitsmarkt

Über 4 Millionen Arbeitslose sind für eine Gesellschaft wie die unsere nicht hinnehmbar.

Ziel der SPD muss es sein, so viel Arbeitslose wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt aufzunehmen.

Gewiss sind die Hartz-Reformen dazu wichtige Schritte. Die Philosophie des Fordern-und-Fördern ist richtig. Jedoch kommt die Seite des Förderns zur Zeit zu kurz. Andere Länder betonen sie stärker. Mit Erfolg. Das geht von der negativen Einkommenssteuer - also einem gestaffelten Zuschuss zu Niedriglöhnen - in Großbritannien und den USA bis hin zu den skandinavischen Regelungen, die eine intensive Vermittlung auf der Basis individueller Handlungspläne vorsehen. Im Vergleich zu 1993 ist die Arbeitslosigkeit

in allen diesen Ländern deutlich bis drastisch zurückgegangen, während sie in Deutschland um über 20% auf insgesamt über 9% gestiegen ist.

3. Politikfeld Innovation/Forschung

Der Umfang von Forschungs- und Entwicklungsausgaben durch Industrie und Hochschulen ist mit entscheidend für die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Leider hat Deutschland – trotz verschiedener Anstrengungen in den vergangenen Jahren – in diesem Sektor Nachholbedarf im internationalen Vergleich.

Das Ziel der SPD muss sein: Verdopplung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland innerhalb der nächsten 10 Jahre.

Maßnahmen sind: Zielvereinbarungen mit Industrie; Erleichterung der Forschungsfinanzierung an Hochschulen durch die Industrie bei gleichzeitig verstärkter Absicherung der Unabhängigkeit der Forschungsbeiträge der Hochschulen; Dienstleistungen in Forschung und Entwicklung müssen noch stärker als Exportartikel gefördert werden.

4. Politikfeld Umwelt

Umweltpolitik wird häufig immer noch gegen die Interessen der ökonomischen Entwicklung thematisiert. Seit der klaren Erkenntnis, dass das Ende des Ölzeitalters schon weit vor dessen Eintritt seine Schatten durch erhöhte Preise und erhöhte Abhängigkeiten mit der Folge negativer ökonomischer Bedingungen wirft, muss eine Reduzierung der Ölabhängigkeit stärker als bisher in den Vordergrund auch ökonomischer Strategien treten. Ebenfalls sind die sozialen Wirkungen der künftigen Entwicklungen zu überdenken. Die Umweltpolitik ist neu zu fokussieren.

Ziel der SPD: Neues Ziel für 2015 muss eine weitere Reduzierung des Mineralölverbrauches für nichtindustrielle Zwecke um mindestens 25% sein. Dazu sind weiter verbesserte Standards im Heizungsbereich und bei Automobilen erforderlich – die deutsche Automobilindustrie muss die einst weltweit führende Position zumindest teilweise wieder erobern oder ausbauen.

Methoden: Im Automobilbereich sind – bei aller Auseinandersetzung um die Erreichung der Ziele zwischen Umweltschutz und Industrie – Zielvereinbarungen durchaus von Wirkung gewesen, sie sind unbedingt fortzuschreiben. Im Heizungsbereich (bzw. in der ergänzenden Wärmedämmung) sind solche Vereinbarungen zu entwickeln. Einfache Nachricht an die Bürgerinnen und Bürger: Wer vorsorgt und die Energieeffizienz verbessert, wird Probleme mit steigenden Energiepreisen vermeiden.

5. Politikfeld Gesundheit

Die in diesem Feld herrschende Verunsicherung wurde beispielhaft deutlich bei der wirren Debatte um die Einführung der Praxisgebühr. Inzwischen ist in dieser Frage wieder Ruhe eingekehrt; die Praxisgebühr hat ihre dämpfende Wirkung nachweisbar erzielt.

Ziel der SPD muss es sein, die gesundheitliche Grundversorgung nach den anerkannten medizinischen Standards zu gewährleisten.

Dazu ist das Gesundheitssystem von allen nicht dieser Grundversorgung dienenden Leistungen zu entlasten; zum Beispiel von Zahnersatzleistungen (wie geschehen aber schon wieder umstritten), von kosmetischen Leistungen (wie sie etwa die Kiefernorthopädie ganz überwiegend erbringt), von vielfältigen Kur- und Wellness-Paketen.

Welches Versicherungssystem gewählt wird, ob Einheitsbeitrag (Kopfpauschale) oder Bürgerversicherung (Einbeziehung aller Einnahmen), sei dahin gestellt.

Entscheidend wird zum einen sein, dass unser Gesundheitssystem effektiver und leistungsfähiger organisiert wird. Dazu können die Patienten beitragen, indem sie Mehrfachuntersuchungen nicht mehr hinnehmen. Ein Beleg für den Missbrauch ist, dass im Land Berlin pro Jahr mehr Röntgenuntersuchungen stattfinden als in ganz Italien. Private Klinikbetreiber und organisationsoptimierte öffentliche Krankenhäuser zeigen, dass die Effektivitätsreserven noch lange nicht gehoben sind.

Zum anderen muss die nicht demokratisch legitimierte Verbandsmacht der ärztlichen Vereinigungen ebenso gebrochen werden wie die Monopolmacht der Pharmakonzerne. Die Einführung von sogenannten Positiv-Listen ist ein richtiger Reformschritt.

6. Politikfeld Rente

Die Verunsicherung unter den Rentnerinnen und Rentnern ist nicht zu übersehen.

Ziel der SPD muss es sein, durch eine verlässliche und berechenbare Grundsicherung ein würdiges Leben der älteren Menschen sicher zu stellen, wobei angesichts der demographischen Entwicklung die Belastungen für die im Erwerbsleben Aktiven überschaubar und bezahlbar bleiben müssen.

Grundsicherung ist dabei der entscheidende Punkt. Eine garantierte Grundrente für alle korrespondiert dabei mit geförderten privaten Zusatzversicherungen. (Die Riester-Rente ist ein richtiger Schritt auf diesem Weg.)

Der Staat garantiert also die Grundsicherung und fördert Zusatzversicherungen: im Gegenzug sinken die Lohnnebenkosten für die Aktiven. Das ist möglich, wenn auch Freiberufler, Selbstständige und Beamte ihre Beiträge zu zahlen haben.

7. Politikfeld Ausbildungsplätze

Es wird sich zeigen, ob die angesagte Ausbildungsoffensive dazu führt, dass für alle Jugendlichen in diesem und den nächsten Jahren ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht. Dies jedenfalls ist das Ziel der SPD.

Die bereits ergriffenen Maßnahmen sollen sicherstellen, dass kein Jugendlicher unter 25 Jahren ohne Ausbildung bleibt oder in anderer Weise in den Arbeitsmarkt integriert wird. Dass dabei nicht in jeder Region der gewünschte Platz zur Verfügung stehen kann, ist klar. Mobilität in Bezug auf den Arbeitsplatz darf auch für junge Leute kein Fremdwort sein.

8. Politikfeld Hochschule/Ausbildung

Die Universitäten haben trotz massiver finanzieller Förderung erhebliche Probleme. Die Resultate werden im internationalen Vergleich eher schlechter, soziale Ungleichheiten sind in Deutschland unübersehbar. Es studieren immer noch vorrangig Kinder wohlhabenderer Eltern, die Abbruchquoten von Studierenden liegen weit über denen des Aus-

lands, die Bibliotheken und die gesamte Infrastruktur sind an vielen Orten im internationalen Vergleich schlecht.

Ziel der SPD muss sein: Keinem – und das heißt auch hier close to zero – Jugendlichen oder jungem Erwachsenen darf eine seinen Fähigkeiten entsprechende Bildung aus finanziellen oder kapazitären Gründen verweigert werden. Die Bildungseinrichtungen müssen in ihrer Ausstattung innerhalb der nächsten 10 Jahre wieder im oberen Feld des internationalen Angebotes (Schweden, USA) zu finden sein.

Dazu gibt es ein Set von Maßnahmen: Erhebung von Studiengebühren für alle Studenten, die außerhalb der Bafög-Förderung sind - bei gleichzeitiger Entwicklung eines stark verbesserten Stipendiensystems; Finanzierung der Stipendien und der Verbesserung der Hochschulinfrastruktur durch die Studiengebühren; Abschluss einer klaren Zielvereinbarung mit den Universitäten über die Verwendung der Einnahmen aus den Studiengebühren als zusätzliche Mittel; Verteilung über einen Qualitätsschlüssel, bei dem möglichst niedrige Abbruchquoten und Beurteilungen durch die Studierenden eine entscheidende Rolle spielen.

9. Politikfeld Gewalt

Viele Menschen sind beunruhigt und fühlen sich von Gewalt auf den Straßen bedroht.

Auch wenn dieses subjektive Gefühl sich nicht immer auf objektive Daten stützen kann, muss es das Ziel der SPD sein, potentielle Bedrohungen zu minimieren.

Beispiel dafür könnte die Politik der Null-Toleranz in New York sein. Auch kleinere Delikte werden konsequent verfolgt, um größeren vorzubeugen. Wer in Deutschland zur körperlichen Gewalt greift, muss damit rechnen, hart bestraft zu werden. Das gilt für Jugendliche untereinander ebenso wie für erwachsene Schläger. Die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten sind sowohl bei Deutschen als auch bei ausländischen Straftätern (bis hin zur Abschiebung) konsequent zunutzen; Verfahrensdauern müssen verkürzt werden. Nachbarschaftliches Verhalten wird unterstützt: Wegschauen darf nicht mehr sein.

10. Politikfeld Föderalismusreform

Ob die Föderalismuskommission zu mehr als kosmetischen Ergebnissen kommt sei dahingestellt. Für die Bürgerinnen und Bürger ist wichtig, dass es zu einer völligen Entzerrung der Aufgaben von Bund und Ländern kommt. Das jetzige System der Misch-, Doppel- und Parallelfinanzierungen ist intransparent; jeder kann jedem hineinregieren. Das führt zu der inzwischen viel beklagten organisierten Verantwortungslosigkeit.

Ziel der SPD muss es sein, die Verantwortlichkeiten eindeutig entweder dem Bund oder den Ländern zuzuordnen und die knappen Finanzmittel entsprechend zu verteilen. Nur dann können die Wählerinnen und Wähler die Bundes- bzw. Landespolitik auch wirklich beurteilen.

Ob es daneben auch zu einer Länderneugliederung kommt ist zweitrangig.

11. Solidarität

Das alte Bild der Solidarität bezog sich auf für gemeinsame Interessen stehende Gruppen, die sich heute nicht mehr einfach definieren lassen. Ein neues Vorbild für Verhalten fehlt. Es müsste sich an einem wesentlichen Bestandteil von Gleichheitsvorstellungen orientieren, nämlich der Vorstellung von „Fairness“: Stattdessen setzen sich im Alltag in der Regel Aggressivität und „Ellbogen“ immer mehr durch, eine intelligente „Abzocke“, so irgend möglich, etwa durch das „Ausnutzen“ einer Gesetzeslücke“ gilt als bejubelnswert.

Ziel: Faires Miteinander-Umgehen in Konfliktsituationen, Verhindern eines „Rechtes des Stärkeren“ (und im Zweifel Reicherer), Wiedererlangen eines neuen Vorbildes für Verhalten

Methoden: Verstärktes Vorgehen gegen Korruption und Vorteilsnahme, überhöhte Managementgehälter, Gewalt gegen Schwächere, Werbung und Verbreitung von offensichtlichen Betrugsstrategien via Literatur und Internet, Hervorheben von Fairness und adäquaten Regeln, erheblich verstärkte Berücksichtigung der Interessen von Zeugen und Opfern in Straf- bzw. Zivilverfahren, verstärkte Bestrafung unterlassener Hilfeleistung.

Der totalen Wettbewerbsgesellschaft muss eine neue Moralvorstellung entgegengesetzt werden, bei der die Menschen nicht mehr die (heute überall vorhandene) Vorstellung haben, ständig „untergebuttert“ zu werden.

5. Perspektiven

Eine klar definierte Politik würde die Verwirrung beseitigen. Sie gäbe den Mitgliedern wieder Motivation. Überdies könnte die Mitgliedschaft der SPD in Mitgliederbefragungen über strittige Zielvorgaben abstimmen. Politik wäre in entschieden höherem Maße transparent.

Es geht um ein durchdekliniertes Maßnahmenbündel. Es spricht einiges dafür, dass eine so neu justierte Politik der deutschen Sozialdemokratie der Partei zumindest die Chance eröffnen kann, die entscheidende Gestaltungskraft in Deutschland zu bleiben.

Literaturhinweise:

Florida, R./Tinagli, I.: Europe in the Creative Age, Report, February 2004
 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die neue SPD, Bonn 2004
 Glotz, Peter: Die beschleunigte Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg, 1999
 Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Nr. 7+8/2004, Bonn 2004
 Porter, Michael u.a. :The Global Competitiveness, New York/Oxford 2000
 Schiller, Dan: Digital Capitalism, Cambridge/Mass./London, 1999
 Steingart, Gabor: Deutschland – Der Abstieg eines Superstars, München/Zürich 2004

Die Autoren:

Edgar Einemann, geb. 1953, Dr. rer. pol., Professor im Studiengang Informatik/Wirtschaftsinformatik der Hochschule Bremerhaven. Von 1991-1993 Leiter der Organisationsabteilung beim SPD-Parteivorstand.

Helmut Holzapfel, geb. 1950, Dr.- Ing., Professor für Verkehrsplanung am Fachbereich Architektur, Stadt- Landschaftsplanung der Universität Kassel. 1994-1998 Abteilungsleiter im sachsen-anhaltinischen Verkehrsministerium.

Heinz Thörmer, geb. 1948, Dr. phil., Ministerialdirigent am niedersächsischen Landesrechnungshof. 1980/81 stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. 1990-2000 Mitarbeiter in der niedersächsischen Staatskanzlei. 1998 Mitarbeiter der SPD-Kampa.